



Antrag

–

Fraktion DIE LINKE

Impfstoffbeschaffung optimieren, Sputnik V bestellen, Lizenzen freigeben

Der Landtag wolle beschließen:

Die möglichst schnelle Erhöhung der Impfquote auf mindestens 70 % der Bevölkerung ist die zentrale und grundlegende Voraussetzung für die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Überwindung der Pandemie. Die wichtigste Stellschraube ist die Erhöhung der Impfstoffproduktion und die Bereitstellung des Impfstoffs weltweit. Ideologische oder ökonomische Vorbehalte, wie sie auf der Ebene der EU-Kommission gegen den russischen Impfstoff Sputnik V geäußert wurden, sind nicht zu akzeptieren. Die Weigerung der EU-Kommission diesen Impfstoff zu bestellen, zwingt uns dazu, auf nationaler bzw. Landesebene selbstständig zu handeln.

Eine wirkliche erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie kann es nur im globalen Maßstab geben. Der größere Teil der Weltbevölkerung vor allem in den ärmeren Ländern hat nach derzeitigem Stand in diesem Jahr keinerlei Aussicht auf eine Versorgung mit Impfstoffen. Zentrale Ursache dafür ist die Weigerung der reichen Industrienationen, die zum Teil mit öffentlichen Mitteln entwickelten Impfstoffe für die globale Produktion durch eine Freigabe der Lizenzen zu öffnen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird für den Fall, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung zur Bestellung von Sputnik V nicht sofort umsetzt, aufgefordert, dem Beispiel Bayerns und Mecklenburg-Vorpommerns zu folgen und **sich ein Kontingent von 2 Millionen Impfstoffdosen sichern**.
2. Die Landesregierung wirkt darauf hin, dass die Bundesregierung die Möglichkeit des Infektionsschutzgesetzes und des **Patentgesetzes** zur Freigabe von Lizenzen bei den Impf-

stoffen endlich umsetzt, um einen wirkungsvollen Beitrag zur globalen Pandemiebekämpfung zu leisten.

Begründung

Die schleppende Impfung der Bevölkerung ist angesichts der Risiken der dritten Welle der Corona-Pandemie eine erstrangige gesundheitliche Bedrohung für die Gesellschaft.

Dass die politisch und ökonomisch motivierte Ablehnung russischer Impfstofflieferungen unter diesen Umständen nicht mehr hingenommen wird, zeigen die Entscheidungen, die in anderen Bundesländern getroffen wurden, um sich die Lieferungen des hocheffektiven Impfstoffes Sputnik V zu sichern. Die Landesregierung Sachsen-Anhalts sollte diesem Beispiel folgen, wenn die Bundesregierung nicht sofort entsprechend handelt.

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass Sachsen-Anhalt darauf hinwirkt, dass der Bund seine Befugnisse nutzt, um die Impfstoffproduktion durch die Freigabe von Lizenzen anzukurbeln.

Entsprechend § 5 des Infektionsschutzgesetzes ist das Bundesgesundheitsministerium ermächtigt, im Falle einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit Impfstoffen, einschließlich ihrer Herstellung zu erlassen. Dies betrifft im Übrigen auch die Preisbildung. Bei drohenden Versorgungsengpässen von Impfstoffen kann zudem eine Benutzungsanordnung gemäß § 13 Patentgesetz erlassen werden. Die Benutzungsanordnung wirkt im Ergebnis wie eine Zwangslizenz an das Bundesgesundheitsministerium (BMG), welches dann dritte Pharmaunternehmen zur Herstellung des Impfstoffs beauftragen kann.

Die derzeitige Unterversorgung mit Impfstoffen ist daher primär auf politisches Versagen zurückzuführen und muss schleunigst überwunden werden.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender